

Für Bildung und soziale Gerechtigkeit

Treffen des Bündnisses gegen Studiengebühren – Morgen beginnt die Eintragsfrist

Kennzeichen-Frage wird im Kreistag behandelt

Pfarrkirchen. Die Staatsregierung hat der Wiedereinführung der seit 1972 nicht mehr vergebenen alten Auto-Nummernschilder ihren Segen erteilt. Damit sollen lokale Identität, regionale Wirtschaft und Tourismus gestärkt werden, wie Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) am Montag nach der Kabinettsitzung mitteilte. Voraussetzung für die Wiedereinführung ist, dass das Landratsamt zustimmt. Ein Antrag der Stadt Eggenfelden für das „EG“-Kennzeichen liegt vor. Wie das Landratsamt auf Nachfrage mitteilt, wird das Thema bei der Kreistagsitzung am 25. Februar behandelt. Der Landrat habe sich, so Pressesprecherin Gertraud Huber, noch nicht positioniert, da das Thema in seiner Prioritätenliste nicht ganz oben stehe. – eck

Amtsgericht: Morgen sechs Verhandlungen

Eggenfelden. In öffentlicher Sitzung werden am Amtsgericht morgen, Donnerstag, sechs Fälle verhandelt. Die Anklagen: Trunkenheit im Verkehr (Beginn 9, 9.30 und 10.15 Uhr), Vorenthalten von Arbeitsentgelt (11 Uhr), Erschleichen von Leistungen (13.15 Uhr) und Körperverletzung (13.45 Uhr). – eck

Eggenfelden. Vertreter der Grünen, Linken, ÖDP und SPD haben sich in Eggenfelden getroffen, um gemeinsame Aktionen im Bündnis „Volksbegehren gegen Studiengebühren“ abzustimmen.

Bayern ist neben Niedersachsen das letzte Bundesland, in dem Studiengebühren erhoben werden. Nach Ansicht der Bündnispartner gegen Studiengebühren sollte aber, wie es in einer Pressemitteilung heißt, „gerade in einem reichen Bundesland wie Bayern Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“. Gute Bildung sei so wichtig, dass man sie niemandem vorenthalten dürfe. So haben sich über 20 Organisationen zusammengeschlossen, um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen.

Zwischen dem 17. und dem

30. Januar haben die bayerischen Wahlberechtigten die Möglichkeit für das Volksbegehren und somit gegen Studiengebühren zu unterschreiben. Benötigt werden die Unterschriften von über 940 000 Bürgern. Diese kann in den Rathäusern der Städte und Gemeinden geleistet werden (über die erweiterten Öffnungszeiten berichten wir gesondert im jeweiligen Lokalteil).

Nach Auffassung des Bündnisses wird es nicht leicht werden, zehn Prozent der Wahlberechtigten innerhalb der zweiwöchigen Eintragsfrist zur Unterschrift in die Rathäuser zu bekommen, da nur ein Teil von ihnen unmittelbar betroffen sei. Deshalb appelliert das Bündnis an alle Bürgerinnen und Bürger, sich aus „Gründen der sozialen Gerechtigkeit solidarisch zu zeigen“ und die Abschaffung der



Sie setzen sich im Landkreis für das Volksbegehren ein: (von links) Hans Hanglberger, Valentin Kuby, Maria Bellmann, Sepp Rettenbeck, Marion C. Winter, Olga Berger, Stefanie Gödert-Müller, Sophia Lüttwitz, Thomas Klumbies, Marco Stöger, Jürgen Barthel und Konrad Hanglberger. – Foto: red

„Uni-Maut“ mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Außerdem leiste eine Unterschrift auch einen Beitrag zur direkten Demokratie, denn nur durch ge-

nügend Unterschriften komme es erst zum eigentlichen Volksentscheid. Verbände, Vereine und andere Organisationen, die das

Volksbegehren ebenfalls noch unterstützen wollen, können sich bei Fragen an Marion Winter, Mail: mcwinter@ymail.com, wenden. – red

Wo bleibt die Energiewende?

Bilanz der Grünen-Kreisfraktion: Ein wenig Licht und viel Schatten

Pfarrkirchen. „Die Energiewende findet in Bayern und im Landkreis nicht statt“, so die Kritik von Günther Reiser, Sprecher der Grünen-Kreisfraktion.

Ein kleiner Lichtblick in Richtung Energiewende könnte laut Kreisrat Rainer Blaschke das vom Landkreis angestoßene Kreisentwicklungskonzept sein. „Wir wünschen uns, dass es keine reine Showveranstaltung wird. Den Stab im Voraus darüber zu brechen, wie die ÖDP, entspricht nicht unserem Verständnis von Fairness“, so Blaschke laut einer Pressemitteilung der Grünen. „Wir wünschen uns, dass es nicht zu wirtschafts- und verkehrslastig wird“, heißt es weiter. Die Grünen stünden für die Erhaltung der bestehenden Straßen, nicht aber für einen gnadenlosen Ausbau.

Als erfreulich im Rückblick auf 2012 hob Kreisrätin Sophia Lüttwitz die parteiübergreifende De-

monstration gegen Rechtsradikalismus in Eggenfelden hervor. Außerdem, dass die Hackschnitzel-Heizanlage für das Landratsamt durchgesetzt werden konnte. Ein Wermutstropfen ist dabei für Blaschke die in einem baulichen Zusammenhang stehende teure Parkgarage.

„Unser Antrag zur Sicherheit von Biogasanlagen ist nicht nur einstimmig im Kreistag angenommen worden, sondern wird durch eine konzertierte Aktion unter Federführung der Fischereiverbände den politischen Druck so erhöhen, dass die Staatsregierung unter Zugzwang stehen wird, endlich etwas zu unternehmen“, freute sich Günther Reiser. Schwarze Schafe brächten hier die eigentlich gute Sache immer mehr in Verruf, bedauerte Rainer Blaschke.

Zu Schlüsselthemen 2013 der Kreisfraktion erklärte Reiser neben der Energiewende die Aus-



Fraktionssprecher Günther Reiser (v. l.), Sophia Lüttwitz und Rainer Blaschke bei der Besprechung der Grünen-Themen für 2013. – F.: red

richtung der Kreisentwicklung auf Nachhaltigkeit, die Erhaltung der Umwelt und den Gewässerschutz, die Einarbeitung der Forderungen des Krankenhaus-Bürgerbegehrens, die Senkung der Verkehrsbelastung auf B 20 und B 388, die Integration von Ausländern, die Hilfe für Asylbewerber sowie die Baumaßnahmen bei Schulen. – red

Landrat: „Das ist keine Dauerlösung“

Asylbewerber nur vorübergehend im Jugendferiendorf untergebracht

Pfarrkirchen. Wie und wo soll der Landkreis Rottal-Inn die von der Regierung von Niederbayern zugewiesenen Asylbewerber unterbringen? In der Stadt Simbach a. Inn gab es in jüngster Zeit kritische Stimmen zur Einquartierung von 15 Asylbewerbern im Jugendferiendorf des Landkreises. Insbesondere gab es Kritik, dass sich die Unterbringung der Asylbewerber nicht mit dem Aufenthalt der Jugendgruppen, die schon im vergangenen Jahr das Feriendorf gebucht hatten, vertragen würde.

Landrat Michael Fahmüller betont dazu, dass der Landkreis Rottal-Inn sich der Verpflichtung, die Asylbewerber aufzunehmen, nicht entziehen könne: „Wir stehen hier in der Pflicht, das ist vom Gesetzgeber so vorgesehen und wir wollen die Menschen, die hier auf ihre

Entscheidung über ihre Asylanträge warten, menschenwürdig und angemessen unterbringen. Dies ist nicht nur eine gesetzliche, sondern auch eine moralische Verpflichtung“, so Fahmüller.

Es sei auch nachvollziehbar, dass der Landkreis aus organisatorischen Gründen und um die Kosten in vertretbaren Grenzen zu halten, bei der Unterbringung auf geeignete Gebäude, die sich in seinem Besitz befinden, zurückgreifen müsse. „Die 15 Asylbewerber, die derzeit im Jugendferiendorf untergebracht sind, waren zuvor in der bisherigen Notunterkunft in Eggenfelden. Von dort mussten sie aber zeitweise verlegt werden, weil das Gebäude der ehemaligen Förderschule in Eggenfelden derzeit zur Gemeinschaftsunterkunft umgebaut wird“, so Fahmüller. Des-

halb sei man, weil auch die Unterkunft in Pfarrkirchen bereits voll belegt sei, auf das Jugendferiendorf ausgewichen.

Dies sei aber von vornherein nicht als Dauerlösung gedacht gewesen: „Wir wissen natürlich um unsere Verpflichtungen als Vermieter gegenüber den Jugendgruppen aus ganz Deutschland, die ab Februar nach Simbach a. Inn in unser Jugendferiendorf kommen und die sich auf diesen Aufenthalt schon sehr gefreut haben. Deshalb werden die Baumaßnahmen in Eggenfelden sehr zügig durchgeführt, damit die Asylbewerber wieder die Unterkunft in Eggenfelden nutzen können“, so der Landrat. Somit sei auch sichergestellt, dass die Anmeldungen von Gruppen im Jugendferiendorf eingehalten werden können. – red